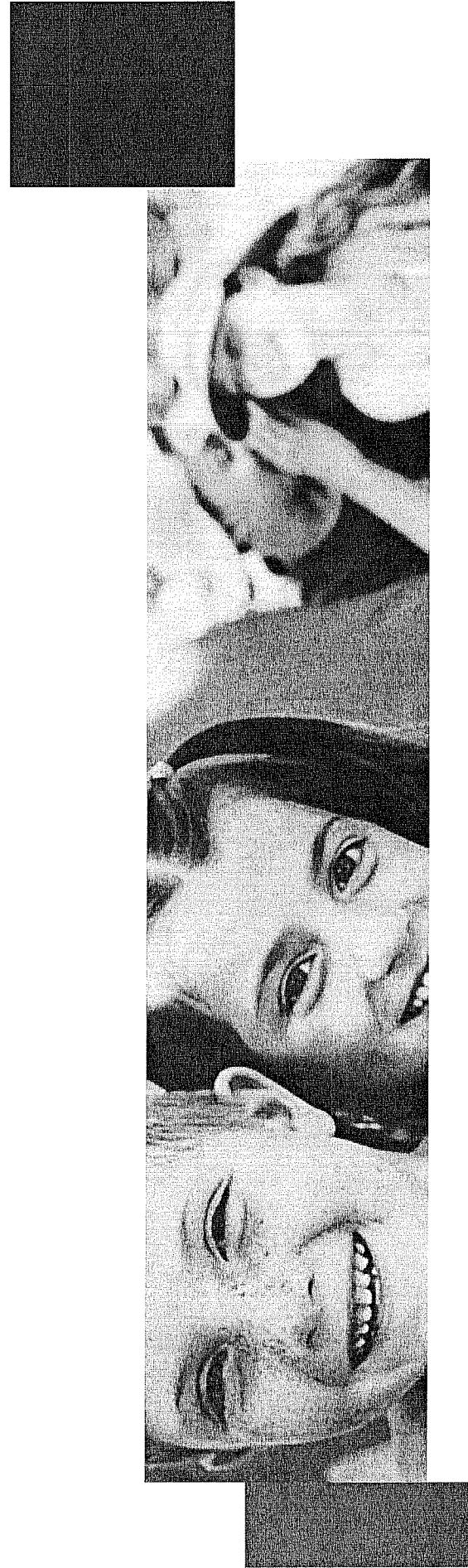


# Bundeskinderschutzgesetz



**Der Inhalt in Kürze**

Stand 16. März 2011



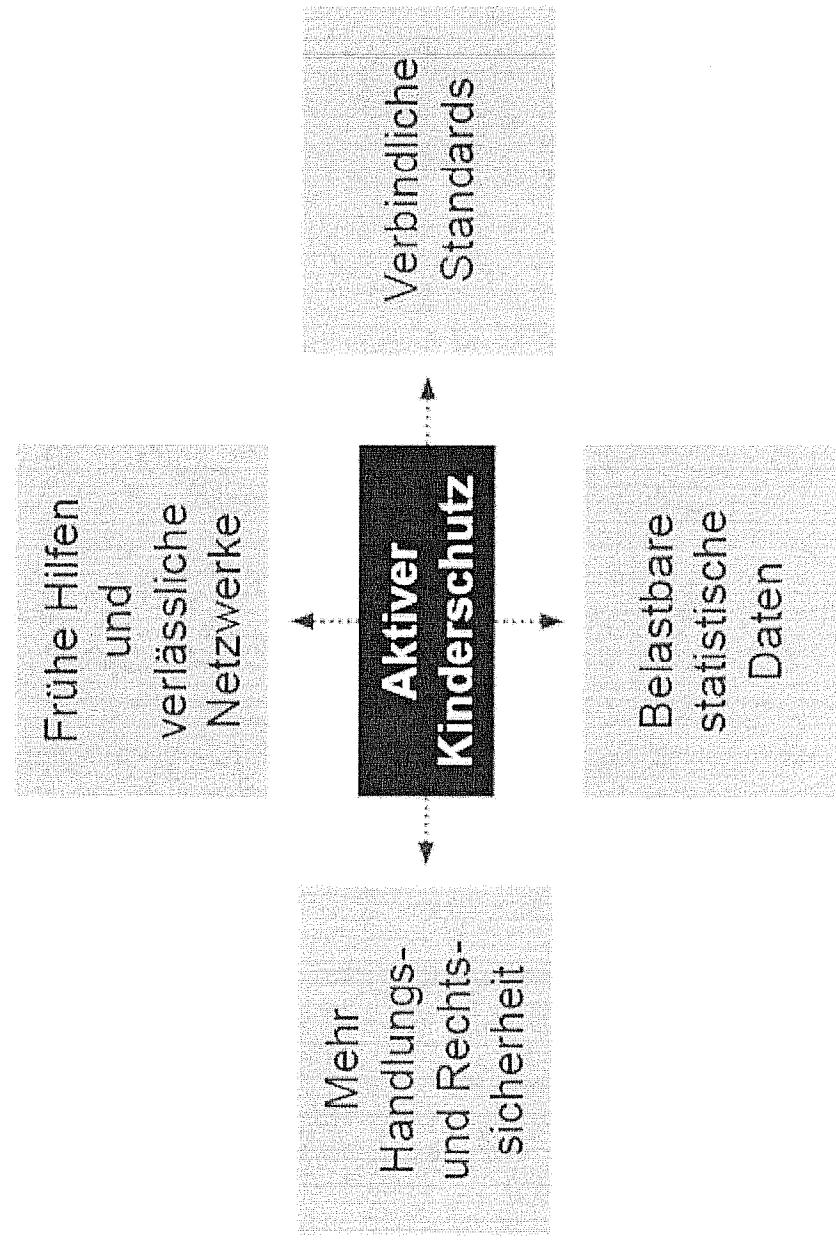
## Inhalt

### | Eckpfeiler des Bundeskinderschutzgesetzes

- | Frühe Hilfen und verlässliche Netzwerke
- | Mehr Handlungs- und Rechtssicherheit
- | Verbindliche Standards
- | Belastbare statistische Daten



## Eckpfeiler des Bundeskinderschutzgesetzes 2011





## Eckpunkte des Bundeskinderschutzgesetzes 2011

1) Frühe Hilfen und verlässliche Netzwerke

| **Frühe Hilfen werden zu Basisangeboten** der Kinder- und Jugendhilfe - auch für werdende Eltern.

| (Werdende) Eltern werden aktiv angesprochen – sie erhalten Beratung und Information über Unterstützungsangebote vor Ort.

| **Alle wichtigen Akteure im Kinderschutz werden in Kooperationsnetzwerken zusammengeführt**, um Familien individuelle Hilfe rund um die Geburt und die ersten Lebensjahre ihres Kindes zu bieten.

| **Das Familienministerium stellt 120 Millionen Euro zwischen 2012 und 2015 für den verstärkten Einsatz von Familienhebammen bereit.**



## Eckpunkte des Bundeskinderschutzgesetzes 2011

2) Mehr Handlungs- und Rechtssicherheit

| **Verhinderung von „Jugendamt-Hopping“:** Das bisher zuständige Jugendamt gibt alle notwendigen Informationen an das neue Jugendamt weiter (im Falle eines Umzugs der Familie), um Kinder wirksam zu schützen.

| **Befugnisnorm für Berufsgeheimsträger:** Die Voraussetzungen für eine zulässige Weitergabe von Informationen durch Ärzte/Psychologen an das Jugendamt werden klar definiert.

| **Obligatorische Hausbesuche:** Um die Lebenssituation eines Kindes zu beurteilen, werden Hausbesuche durchgeführt, sofern sie nach fachlicher Einschätzung erforderlich sind und den Schutz des Kindes nicht gefährden.

| Einrichtungen haben **Anspruch auf fachliche Begleitung** in Kinderschutzfragen wie z.B. zu Präventions- und Schutzkonzepten und bei konkreten Verdachtsfällen.



## Eckpunkte des Bundeskinderschutzgesetzes 2011

2) Mehr Handlungs- und Rechtssicherheit (Fortsetzung)

| **Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** der Kinder- und Jugendhilfe müssen ein **erweitertes Führungszeugnis** vorlegen.

| **Öffentliche und freie Träger** vereinbaren die Vorlagepflicht des erweiterten Führungszeugnisses für **Ehrenamtliche** je nach Art, Dauer und Intensität des Kontakts zu Kindern und Jugendlichen.

| Einrichtungen, in denen Kinder und Jugendliche betreut werden, erhalten nur nach **Nachweis erweiterter Führungszeugnisse** des Personals und bei Implementierung geeigneter Beteiligungs- und Beschwerdeverfahren für Kinder und Jugendliche eine **Betriebserlaubnis**.

→ Damit greift das *Bundeskinderschutzgesetz zentrale Empfehlungen der Runden Tische „Heimkinder“ und „Sexueller Kindesmissbrauch“ auf.*



## Eckpfeiler des Bundeskinderschutzgesetzes 2011

### 3) Verbindliche Standards

- | Eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung, -sicherung und -überprüfung wird für alle Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe **gesetzlich festgeschrieben**.
- | **Qualitätskriterien und -sicherungsinstrumente sowie Bewertungsmaßstäbe** werden durch öffentliche und freie Träger auf kommunaler Ebene vereinbart – auf Landesebene geschieht dies über Rahmenverträge.
- | Die Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Kinder- und Jugendhilfe werden mit **öffentlicher Förderung und Finanzierung verknüpft**: Einrichtungen erhalten auch nur dann eine Betriebserlaubnis, wenn sie ein **Konzept** zur Qualitätsentwicklung und -sicherung und damit zur Einhaltung fachlicher Standards vorlegen.

→ Damit greift das *Bundeskinderschutzgesetz* zentrale Empfehlungen der Runden „*Tische „Heimkinder“ und „Sexueller Kindesmissbrauch“*“ auf.



## Eckpunkte des Bundeskinderschutzgesetzes 2011

### 4) Belastbare statistische Daten

- | Die **Datenbasis** zum Kinderschutz wird in der Kinder- und Jugendhilfestatistik erweitert.
- | Im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfestatistik wird erfasst, wie die Jugendämter ihren Schutzauftrag umsetzen („§ 8a-Statistik“).